

## **Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 27. Januar 2011**

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat – nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

### **Bürgerfragestunde**

Im Rahmen der Bürgerfragestunde wurden Fragen zur Radarkontrolle in der Göppinger Straße und dem Tempo 30 Schild gestellt, zur Veräußerung des Bauplatzes angrenzend an das Gemeindepflegehaus im Kребen sowie zu einer landwirtschaftlichen Hofstelle in der Hirschstraße. Weiter wurde von einem Vertreter der Interessensgemeinschaft der Anwohner Im Auchttert an den Gemeinderat appelliert, wegen der erforderlichen Kanalauswechslung in der Frühlingstraße an die potentielle Gefahr für die Anlieger zu denken und der Verantwortung als Bürgervertretung gerecht zu werden, damit die Entscheidung nicht weiter vertagt wird.

### **Haushaltsplan mit Haushaltssatzung 2011 und mittelfristiger Finanzplanung - Beratung und Beschlussfassung**

Zu diesem Punkt begrüßte BM Link den Kämmerer des GVV, Herrn Thomas Herre. Er erklärte, dass alle Wählergruppierungen Anträge bzw. Anregungen zum Haushaltsplan eingereicht haben, die durchgearbeitet wurden. Hauptthema aller Anträge war die Realisierung der Kanalmaßnahme Frühlingstraße. Alle haben die Dringlichkeit der Maßnahme erkannt, jedoch das Augenmerk darauf gerichtet abzuwarten, ob der Zuschuss aus dem Ausgleichsstock bewilligt wird und wie die Gewerbesteuererinnahmen im aktuellen Haushaltsjahr verlaufen. Der Ratsvorsitzende betonte, dass er die Meinung der Anlieger versteht und nachvollziehen kann. Allerdings dürfte man die Gemeindefinanzen nicht aus den Augen verlieren. Daher wird an der Maßnahme ein Sperrvermerk angebracht, deren Dringlichkeit wird gesehen, aber die Entwicklung der Finanzen und der Ausgleichsstockzuschuss bleiben abzuwarten. Weiterer Diskussionspunkt war die dauerhafte kostenneutrale Einrichtung einer Ampel an der Kreuzung am Autohaus Ratzel zur Landesstraße. BM Link berichtete, dass eine kostenneutrale Einrichtung für die Gemeinde nicht möglich sei. Jedoch habe man gesehen, dass sich die Ampel bei der aktuellen Baumaßnahme als sehr gut erwiesen habe. Eine Ampel in dieser Größe kostet rund 120.000 €, wobei die Gemeinde rund ein Drittel der Kosten tragen müsse. Man müsste die Realisierung der Kreisverkehre abwarten. Nach deren Fertigstellung soll eine Verkehrszählung durchgeführt werden sowie eine große Verkehrsschau, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Allerdings wird eine große Verkehrsschau nur anberaumt, wenn es sich bei der Kreuzung um einen Unfallschwerpunkt handelt. Aus der Mitte des Gremiums wurde nachgehakt, ob das Landratsamt die Gemeinde zwingen könne, die Steuern zu erhöhen und weitere Konsolidierungsmaßnahmen fordern könne, nachdem der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen sei. Herr Herre erklärte, dass das Landratsamt die Gemeinde überwache und Anregungen gebe. Herr des Verfahrens sei der Gemeinderat. Das Landratsamt wird bestimmt darauf hinweisen, dass alle Einnahmemöglichkeiten der Gemeinde ausgeschöpft werden sollen und gegebenenfalls die Gebühren- und Steuerschraube eingesetzt werden soll, wobei darüber letztendlich der Gemeinderat entscheidet. Betont wurde aus der Mitte des Gremiums, dass die Umlagen, die die Gemeinde entrichten müsse, die Kommune erheblich belasten. Leider werde das Konnexitätsprinzip in letzter Zeit immer mehr verletzt, so dass die Gemeinden weitere Aufgaben zugeschanzt bekommen, ohne entsprechenden Kostenersatz. Bezüglich eines Antrags eines Gemeinderats, dass ein Schreiben an den Bundestagsabgeordneten Riegert

geschrieben werden soll um klar zu machen, das die deutschen Kommunen ausgeblutet werden, wurde von BM Link erklärt, dass er ein entsprechendes Schreiben formulieren wird und dies dem Gemeinderat vorlegt. Abschließend wurde vom Ratsgremium der Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung 2011 einstimmig beschlossen. BM Link betonte, dass das Volumen des Haushalts 8,1 Mio. € beträgt, wovon 6,1 Mio. auf den Verwaltungshaushalt und 2,0 Mio. auf den Vermögenshaushalt entfallen. Kreditaufnahmen sind mit 570.000 € vorgesehen. Er betonte, dass die Steuersätze unverändert bleiben.

### **Bebauungsplan „Pliensbach“- Beratung über eingegangene Anregungen – Satzungsbeschluss**

Zu diesem Punkt begrüßte BM Link Herrn Mezger, Inhaber des Büros mquadrat und Stadtplaner. Dieser erklärte, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange stattgefunden hat, während der verschiedene Anregungen eingegangen sind. Der Planer erläuterte die abgegebenen Stellungnahmen ausführlich und betonte, dass mit der Veröffentlichung des Satzungsbeschlusses des Bebauungsplans dieser Plan nach unzähligen Jahren endlich rechtskräftig werden könne. Vom Gremium wurde dem Bebauungsplan einstimmig zugestimmt.

### **Wohnen Im Auchttert – Vorstellung Rahmenplanung, Bebauungsplan mit Aufstellungsbeschluss und Vergabe der Planungsleistungen**

BM Link erklärte hierzu, dass es im nördlichen Bereich des Auchterts Anfragen von Eigentümern zur Umnutzung des Bereichs gebe. Danach sollen bestehende Betriebsgebäude mittelfristig aufgegeben und durch Wohnnutzung ersetzt werden. Diese Umnutzung scheint städtebaulich verträglich. Dieses Gebiet könne in 3 Abschnitte aufgeteilt werden: Der 1. Abschnitt nördlich der Straße „Im Auchttert“, wobei neben einer Firma weitere Privateigentümer betroffen sind. Die Gemeinde strebt an, dass die Umnutzungsaufwendungen von den Grundstückseigentümer getragen werden müssen. Die Gemeinde soll nun mit der Planung in Vorleistung gehen, um das Projekt voran zu bringen. Planer Mezger erläuterte, dass durch diese Maßnahmen eine vorbildliche Innenentwicklung betrieben werden könne. Es sollten vorab Planungsleistungen vergeben werden, um parallel mit den Eigentümern Verträge bezüglich der Kostentragung abschließen zu können. Um diese Verträge auszuarbeiten und abschließen zu können, sind konkrete Zahlen und Daten erforderlich. Der 2. Abschnitt betrifft das Firmengelände Hoffmann & Heim, wobei dort überwiegend die Erschließung vorhanden ist, so dass der weitere Erschließungsaufwand gering ausfällt. Dort ist auch planerisch einzugreifen, nachdem im aktuellen Bebauungsplan eine 3-geschossige Nutzung als Mischgebiet städtebaulich nicht verträglich erscheint. Auch hier müssen mit den Eigentümern Vereinbarungen zur Bodenordnung und Erschließung getroffen werden. Der 3. Abschnitt umfasst einen weiteren Bauplatz im Bereich „Leimgrube“, so dass der östliche Siedlungsrand ausgeformt werden kann. Die Kommune plane seit längerem den Ausbau der Straße „Im Auchttert“, wofür die Erschließungsbeiträge für die angrenzenden Grundstücke entrichtet werden müssen. Die Gemeinde strebt an, mit den Eigentümern Ablösevereinbarungen abzuschließen. Diese werden auf der Grundlage der bisherigen Grundstücksverhältnisse erstellt. Die Straße „Im Auchttert“ könne dann als Wohnstraße ausgebaut werden und müsse keinen gewerblichen Verkehr mehr berücksichtigen, wodurch die Straße anders und verkehrsberuhigter gestaltet werden kann. Zur Umsetzung der städtebaulichen Ziele sei die Aufstellung des Bebauungsplans erforderlich, dieser ersetze in Teilbereichen die bereits vorhandenen Bebauungspläne und ändert die Art der baulichen Nutzung. Parallel

zum Bebauungsplan sind Planungsleistungen für die Erschließung und Verhandlungen und Vertragsgestaltung mit den Eigentümern erforderlich. Damit die Gemeinde nicht zu sehr in Vorleistung gehen müsse, soll ein Planungsbüro stufenweise beauftragt werden. Vom Büro mquadrat aus Bad Boll wurde ein Vorschlag erarbeitet, der dem Gemeinderat unterbreitet wurde. Parallel zu den Planungsleistungen sollen die Verträge mit den Privateigentümern erarbeitet und dem Gremium vorgelegt werden. Erst wenn die Eigentümer die Verträge unterzeichnet haben, soll in die weiteren Planungsschritte und die Erschließung eingestiegen werden. Dem Gemeinderat wurde vorgeschlagen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan zu fassen, damit eine frühzeitige Beteiligung der Behörden und Öffentlichkeit durchgeführt werden kann, um diese über die Planungsabsichten zu informieren. Nach Rücklauf der Stellungnahmen werden diese dem Gemeinderat vorgelegt. Im Gemeinderat entwickelte sich eine recht ausführliche Beratung während der hinterfragt wurde, ob die Bauplätze in der Frühlingstraße jetzt bereits umgesetzt werden. BM Link erklärte darauf, dass diese nur dann realisiert werden können, wenn die Maßnahme Kanalauswechslung Frühlingstraße umgesetzt sei. Wichtig sei Planungsgrundlagen zu schaffen bzw. in einem 1. Schritt die Grundlagen erarbeiten zu können, die als Basis für die Gespräche mit den Anwohnern dienen. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde angeregt, dass es bei der vorgelegten Rahmenplanung an ökologischen Gesichtspunkten fehle. Vielleicht sollte ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden. BM Link erwiderte darauf, dass es sich bei der Rahmenplanung um Privatflächen handelt, wobei die Eigentümer die Erschließung komplett übernehmen sollen. Er betonte, dass die Erschließung von den Eigentümern umgesetzt werden soll, was über städtebauliche Verträge geregelt werden kann. Nach der Herstellung der Straße gehe diese ins Eigentum der Gemeinde über. Man sollte die Frage stellen, wie man gemeinsam bei der Bodenordnung zum Ziel kommt. Die Eigentümer werden einen städtebaulichen Vertrag nur dann unterzeichnen, wenn sie die Konditionen akzeptieren. Beim städtebaulichen Vertrag liegt die Planungshoheit bei der Gemeinde, weil ohne deren Einverständnis niemand etwas erschließen kann. Die Bedenken, dass Bauträger als Erschließungsträger auftreten, werden vom Vorsitzenden zerschlagen, nachdem die Bebauung in Einzelhäusern erfolgen soll und Bauträger eher bei Mehrfamilienhäusern auftreten. Außerdem erklärte er, dass ein möglicher Wettbewerb die Gemeinde 15.000 - 20.000 € kostet, was in diesem Fall nicht angebracht sei. Die Gemeinde sei mit den Leistungen von Planer Mezger sehr zufrieden. Zudem soll die Rahmenplanung und die weitere Erarbeitung der Grundlagen zunächst nur als 1. Schritt vergeben werden. Bezüglich des Planerhonorars erklärt betonte der Bürgermeister, dass dieses in der HOAI geregelt sei. In der ersten Stufe der Rahmenplanung liegt das Risiko bei der Gemeinde. Einstimmig wurde beschlossen, für den Bereich Auchtert einen Bebauungsplan zur Innenentwicklung aufzustellen und diesen bekannt zu machen. Bei 2 Gegenstimmen wurde das Büro mquadrat mit der Planung und Betreuung des Projekts im 1. Schritt beauftragt.

### **Feststellung des Jahresabschlusses der Gemeindewasserversorgung 2009**

Herr Herre erläuterte, dass die Wasserversorgung der Gemeinde ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit darstellt und damit steuerrechtlich einen Betrieb gewerblicher Art. Dieser habe die Aufgabe, die Bevölkerung sowie Gewerbe und Industrie mit dem erforderlichen Trink- und Nutzwasser zu versorgen. Für dieses Unternehmen muss nach kaufmännischen Gesichtspunkten jährlich ein steuerlicher Abschluss erstellt werden. Dieser Abschluss schließt mit einem Gewinn

von 13.513,50 € ab. Im Vorjahr war es ein Verlust in Höhe von rund 2.000 €. Die Veränderung beruht auf den höheren Einnahmen beim Wasserzins, da mehr Wasser verkauft werden konnte. Aufgrund der durchgeführten Wasserleitungssanierung in der Weilheimer Straße besteht derzeit kein Spielraum den Wasserpreis zu senken, da das Vorhaben die Wasserversorgung der Gemeinde durch höhere Abschreibungen und Kapitalverzinsung ab dem Jahr 2009 belastet. Der Wasserpreis von derzeit 1,32 € je/m<sup>3</sup> soll möglichst lange stabil gehalten werden. Der Gemeinderat stimmte dem Abschluss für das Jahr 2009 zu.

### **Bausachen**

Das kommunale Einvernehmen wurde zu folgendem Bauantrag erteilt:  
Veränderte Bauausführung beim Wohnhaus- und Garagenneubau Frühlingstraße 1.

### **Förderung von Streuobstbäumen**

Der Ratsvorsitzende erklärte hierzu, dass im Haushaltsplan der Gemeinde Mittel für die Streuobstförderung Mittel in Höhe von 4.000 € eingestellt wurden. Einen Anteil von rund 1.500 € soll in Abstimmung mit dem OGV für die Förderung von Streuobstbäumen eingesetzt werden. Wiederholt hat die Gemeinde entsprechende Hinweise im Mitteilungsblatt veröffentlicht, nach denen die Grundstückseigentümer die Baubeschaffungskosten zu 50 % von der Gemeinde bezuschusst bekommen, Mitglieder des OGVs erhalten die restlichen 50 % vom Verein erstattet. Bislang sind 3 Anträge auf insgesamt 17 Bäume eingegangen. BM Link lobte das Programm und dankte für die positive Anregung aus der Mitte des Gemeinderats. Im Gremium entwickelte sich eine kurze Diskussion bei der betont wurde, dass die Nachbargemeinden schon seit vielen Jahren Förderprogramme haben und auch die Baumpflege bezuschussen. Es wurde von einem Ratsmitglied gebeten darauf zu achten, dass die Bäume mit einer Mindesthöhe von 1,80 m gesetzt werden.

### **Bekanntgaben**

1. Die im Februar vorgesehene Gemeinderatssitzung findet aufgrund der vorbereitenden Arbeiten für die gesplittete Abwassergebühr am 24.02.2011 statt.
2. BM Link gab bekannt, dass die Bauhofeinbrecher gefasst worden sind. Es handelt sich dabei um die selben Täter, die auch die Gartenhäuser im Landkreis angezündet haben und beim THW eingebrochen sind.
3. Zum Thema Energiemanagement erklärte BM Link, dass auf Verwaltungsverbandsebene weitere Untersuchungen durch Jülich bezuschusst werden. Zudem soll zentral für die Hausmeister eine Fortbildungsveranstaltung zum Energiemanagement stattfinden und eine Energieberatung in den einzelnen Gemeinden für Privathaushalte. Beim Thema „EULE“ habe der Standort Heiningen Priorität 1, als weiterer Standort komme die Gemeinde Bad Boll in Frage.

### **Verschiedenes**

1. BM Link berichtet, dass von der Evangelischen Kirchengemeinde ein Schreiben eingegangen sei, dass die Kirchengemeinde den Zuschuss für den Kindergarten halbiert und nur noch 1.280 € je Jahr für den Gesamtkinderergarten überweisen wird, nachdem die Bezirkssynode hierfür nur noch den halben Betrag an die Gemeinde erstattet. BM Link erklärte, dass er noch prüfen müsse, wie die Kündigung des Vertrags aussieht. Er bedauert, dass sich die Kirchen immer weiter aus den Kindergärten zurück ziehen.

2. Die Gemeinde Zell u. A. wurde zum Bebauungsplan der Stadt Göppingen zum ehemaligen Weberareal angeschrieben. Aus Sicht der Gemeinde gibt hierzu keine Anregungen.
3. Die EnBW hat die Gemeinde über die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung in Zell u. A. informiert, dass nach dem Zwischenbericht für 2009 der Energieverbrauch um 25 % gesenkt werden konnte und dadurch 11 Tonnen Co<sup>2</sup> eingespart wurden.
4. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde angeregt, aufgrund der morgendlichen Dämmerung die Straßenbeleuchtung an den Fußgängerüberwegen in der Göppinger Straße länger brennen zu lassen. Die Verwaltung erklärte dazu, dass die Lampen zentral gesteuert werden und die Dämmerungsschaltung nur für die kompletten Straßenlampen geändert werden kann.